

MANIFEST DES EUROPÄISCHEN GEWERKSCHAFTS- BUNDES ZU DEN WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



Ende Mai 2014 werden die Bürgerinnen und Bürger der EU dazu aufgerufen, ihre Vertreterinnen und Vertreter im Europäischen Parlament zu wählen.

Diese Wahl ist für alle EuropäerInnen wichtig. Das Europäische Parlament kann europäische Gesetze machen, das Budget beschließen und den Präsidenten/die Präsidentin der Europäischen Kommission wählen. Die Wahlen stehen vor dem Hintergrund einer andauernden finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Krise in Europa.

Wir rufen die EU-BürgerInnen dazu auf, jene KandidatInnen zu wählen, die die Art, wie die EU geführt wird, ändern wollen. Europa kann sich 2014 verändern. Der EGB steht für eine alternative Vision eines wohlhabenden, sozialen und solidarischen Europa. Wir müssen KandidatInnen unterstützen, die diese Vision teilen.

Der EGB – die Stimme der europäischen ArbeitnehmerInnen – ruft alle BürgerInnen dazu auf, jene zu unterstützen, die ein fortschrittliches, solidarisches Europa unterstützen, ein Europa, das für die Rechte seiner BürgerInnen arbeitet.

Ein besseres Europa ist möglich. Gemeinsam können wir dazu beitragen. Gemeinsam können wir einen neuen Weg für Europa bauen.

Der EGB ist gegen:

- jeden Versuch, die Fortschritte umzukehren, die die Europäische Gewerkschaftsbewegung bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Bedingungen der BürgerInnen gemacht hat;
- die Aushöhlung des Europäischen Projekts durch Vorhaben, die der Grundlage des Europäischen Sozialmodells zuwider laufen, darunter verstehen wir u. a. gute industrielle Beziehungen, hochwertige öffentliche Dienstleistungen, flächendeckende soziale Sicherungssysteme;
- ein System, das die Bevölkerungen in einen Wettbewerb der niedrigen Löhne, schlechten Arbeitsbedingungen, unzureichenden Sozialsysteme und ungerechten Steuersysteme drängt. Europäische Beschäftigungspolitik darf nicht auf prekären Arbeitsbedingungen und Ungleichheit aufbauen.

Der EGB ist für:

- ein soziales Europa; ein Europa, das seinen BürgerInnen hochwertige Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft garantiert;
- ein Ende der Sparpolitik. Die EU muss Solidarität wieder ins Zentrum ihrer Politik rücken. Das soziale Europa darf nicht abgebaut werden;
- eine neue Industriepolitik, basierend auf Innovation, Forschung und Entwicklung, Bildung, Ausbildung, Gesundheit und gerechtem Wandel;
- einen ambitionierten Investitionsplan, der die Europäische Wirtschaft wieder beleben wird;
- soziale Gerechtigkeit für die BürgerInnen, die Lücke zwischen reich und arm muss sich schließen;
- Gleichheit: Wirkungsvolle Maßnahmen müssen gleiche Bezahlung und gleiche Rechte garantieren. Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern muss geschlossen werden;
- progressive Steuersysteme: Umverteilende und ausgleichende Steuern auf Einkommen und Vermögen, das Ende von Steuerparadiesen, Steuerflucht, Steuerbetrug, Korruption und illegaler Beschäftigung;
- fairen Welthandel.